



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

20. Sitzung vom 13. Dezember 2010

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.10 Uhr

Leitung: Alex Achermann

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: Fredy Gerber, Gemeinderat Michael Keller

Präsident:

Protokoll:

Alex Achermann

Esthy Curti

Mitteilungen des Präsidenten

Alex Achermann gibt zunächst bekannt, dass Jacqueline Wunderer (SVP) per Ende Dezember 2010 aus dem Einwohnerrat austritt, weil sie von Binningen wegzieht. Er will am Ende der Sitzung darauf zurückkommen. Nach diesem Rücktritt musste eine neue Stimmenzählerin ernannt werden. Das Büro hat Susanne Keller (SVP) gewählt. Der Präsident bedankt sich bei ihr für die Übernahme des Amtes.

Kürzlich erschien im Binninger Anzeiger ein Leserbrief eines Einwohnerratsmitglieds, der über Diskussionen in der GRPK zum Budget berichtete. Es ging dort um mögliche Anträge zum Budget, das heute Abend behandelt wird. Im Büro, wo das Thema besprochen wurde, war man der Meinung, dass in diesem Leserbrief zu weit gegangen wurde. Das Büro hat das betreffende Einwohnerratsmitglied gerügt und den Präsidenten beauftragt, dies auch nochmals zu Beginn der Einwohnerrats-sitzung zu tun. Kommissionsberatungen müssen in vertraulichem Rahmen durchgeführt werden können, sonst machen sie keinen Sinn. Das betreffende Einwohnerratsmitglied sieht das auch so und hat sich entschuldigt. Das Büro wird sich an seiner Februar-Sitzung grundsätzlich mit der Öffentlichkeitsarbeit und mit dem Informationsfluss aus der Kommissionsarbeit auseinandersetzen. Man wird die bestehenden Regeln und Gebräuche genau anschauen und prüfen, ob Handlungsbedarf besteht und sie eventuell aktualisiert werden müssen. Der Präsident wird anschliessend wieder darüber informieren.

Für das Präsidium der GRPK zeichnet sich eine Lösung ab. Das Thema wird für die nächste Einwohnerratssitzung traktandiert werden können.

Die Nachfolge von Frau Brigitte Christen als Sekretärin des Einwohnerrats konnte geregelt werden. Frau Sandra Sprecher wird ihre Arbeit als Einwohnerratssekretärin per 1. bzw. 3. Januar 2011 aufnehmen.

Der Ausflug des Einwohnerrats findet am Samstag, 28. Mai 2011, ab 13.00 Uhr statt.

Gemeinderat Mike Keller, Finanzchef, kann krankheitshalber nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen. Das Geschäft „Voranschlag 2011, Finanzplan 2012 – 2015 inklusive Leistungsaufträge 2011“ wird vertreten durch Gemeinderätin Anne Mati als Stellvertreterin von Mike Keller sowie durch Gemeindepräsident Charles Simon. Für Fachfragen stehen Olivier Kungler und Finanzverwalter Markus Isler zur Verfügung

Neu eingereichte Vorstösse:

- Interfraktionelles Postulat: „Neustart für das Sutterhaus“, Gesch. Nr. 133
- Anfrage U.-P. Moos, SVP, zum Neudruck Abstimmungsinformationen und Stimmzettel, Gesch.Nr. 134
- Anfrage U.-P. Moos, SVP, zur Binninger Warteliste für Pflegebetten, Gesch.Nr. 135

Zur Begründung des Postulats gibt es keine Wortmeldungen. Es geht zur Bearbeitung an den Gemeinderat. Die Anfragen werden am Schluss der Sitzung beantwortet.

Traktandenliste**Gesch. Nr.**

1. Genehmigung des Protokolls vom 18.10.2010
2. Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2010:
Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012 130
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.10.2010:
Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012 128
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010:
Voranschlag 2011, Finanzplan 2012 – 2015 inklusive Leistungsaufträge 2011 125
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.11.2010:
Legislaturprogramm 2008 – 2012, Umsetzungsbericht 131
Geschäftskreisführung: Charles Simon
6. Interpellation FDP vom 12.9.2010:
Was hat das Grossprojekt Gundeli-Tunnel für die Gemeinde Binningen für Auswirkungen? 124
Mündliche Antwort des Gemeinderats
7. **Diverses**

Aus Zeitgründen wird das Traktandum Nr. 5 auf die Sitzung vom 31. Januar 2011 verschoben.

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2010 wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 130

Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2010:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

SVP: Urs-Peter Moos schlägt Susanne Keller vor. Sie ist seit Mitte 2009 Mitglied des Einwohnerrats und beruflich als Praxisassistentin tätig.

[Während die Ausmittlung erfolgt, wird gemäss Büro-Beschluss das Traktandum 6 behandelt.]

Traktandum 6

Gesch. Nr. 124

Interpellation FDP vom 12.09.2010:

Was hat das Grossprojekt Gundeli-Tunnel für die Gemeinde Binningen für Auswirkungen?

Mündliche Antwort des Gemeinderats

Stellungnahme des Gemeinderats:

Gemeindepräsident Charles Simon: Die FDP hat im September eine Interpellation mit sieben Fragen eingereicht betreffend das Projekt Gundeli-Tunnel. Dabei handelt es sich um die Basler Planung, die Autobahn ab ihrem jetzigen Ende am Gellert-Dreieck unter dem Gundeli hindurch zu verlängern, so dass sie möglicherweise in Binningen enden würde. Die Idee ist, das Gundeli von Verkehr zu entlasten, und das Ganze wäre das letzte in der Nordwestschweiz noch ausstehende Teilstück gemäss dem uralten Nationalstrassenplan. Die FDP hat folgende Fragen gestellt:

1. *Wie stellt sich der Gemeinderat Binningen grundsätzlich zu diesem Projekt und was für einen Nutzen bringt dieses Projekt für die Gemeinde Binningen?*

Antwort: Zu diesem Projekt wurde schon in 2009 ein Postulat der CVP-Fraktion überwiesen, und im Rückständebericht vom Juni 2010 hat der Gemeinderat darüber berichtet. Der Gemeinderat ist selbstverständlich informiert, dass etwas im Gange ist. Er ist wachsam, vor allem was möglicherweise nachteilige Auswirkungen angeht. Besonders den Mehrverkehr muss man im Auge behalten. Umgekehrt wäre natürlich auch ein Nutzen für Binningen vorhanden, nämlich ein schnellerer Anschluss an das Nationalstrassennetz.

2. *Wurde die Gemeinde Binningen in der Erarbeitung dieser Projektstudie vorgängig begrüsst und in die Erarbeitung mit einbezogen?*

Antwort: Die Verantwortlichen der Gemeinde Binningen und auch aus dem Leimental, das heisst der Binninger Gemeinderat, die Binninger Gemeindeverwaltung und die Präsidentin der Verkehrskommission Leimental, Lotti Stokar (Gemeindepräsidentin Oberwil), wurden im Frühjahr 2009 nach Basel eingeladen, wo sie vom zuständigen Regierungsrat und dessen Fachleuten informiert wurden und ausgiebig diskutieren konnten. Die planende Behörde ist der Kanton Basel-Stadt. Weil aber Baselland mitbetroffen sein könnte, ist auch das Tiefbauamt Basel-Landschaft in das Projekt einbezogen. Vereinbart wurde, dass nach Abschluss der Studie, in der verschiedene Varianten untersucht werden, die Gemeinde Binningen das Dossier zur Stellungnahme erhält, und zwar vor der Beschlussfassung durch den Regierungsrat. Ein Gespräch wird im Januar 2011 stattfinden, und erst danach wird der Regierungsrat Basel-Stadt entscheiden. Man wird dann sehen, was die mündliche Stellungnahme der Binninger Seite bewirken konnte. Allerdings kennt man derzeit viele Daten noch nicht.

3. *Sind die prognostizierten Verkehrsmehrbelastungen für die Gemeinde Binningen das absolute Maximum oder ist mit noch mehr „Verkehr“ zu rechnen?*

Antwort: Mit dem Gesamtverkehrsmodell für die ganze Region – eine alte und etablierte Sache – wird der Anziehungseffekt dieser Massnahme vor allem für die Strassen im Leimental gerechnet. Es ist mit einer geringen Zunahme zu rechnen, wie eine erste Untersuchung zeigt. Es dürfte also nicht dramatisch werden für Binningen. Die genaueren Zahlen kennt man aber noch nicht. Man weiss immerhin aus den letzten zehn, zwanzig, fast dreissig Jahren, dass die Zahlen auf den Hauptverkehrsachsen ins Leimental – in Binningen also die Basler-, die Haupt-, die Oberwiler- und die Bottmingerstrasse – stagniert haben. Der Grund ist: Die Knoten sind schon dermassen an der Leistungsgrenze, dass vor allem zu den Stosszeiten kein zusätzlicher Verkehr mehr durchkommt. In dem Sinne kann man sagen, die Verkehrszunahme durch diesen Autobahnzubringer wird wohl nicht dramatisch sein.

4. *Bringen die erwähnten zusätzlichen flankierenden Massnahmen, die im Detail nicht bekannt sind, noch weitere Benachteiligungen für die Gemeinde Binningen?*

Antwort: Man kennt noch keine Details, kann also auch nichts über Vor- oder Nachteile oder flankierende Massnahmen sagen. Das ist alles noch offen. Die Eröffnung ist frühestens im Jahr 2020 vorgesehen. Man hat also noch ausreichende Zeit, um über allfällige Massnahmen zu reden.

5. *Hat man bei der Kenntnisnahme dieser Projektstudie mit den Nachbargemeinden für eine gemeinsame Standortbestimmung Kontakt aufgenommen oder gedenkt man, dies noch zu tun?*

Antwort: Ja. Lotti Stokar, Präsidentin der Verkehrskommission Leimental, war dabei. Sie wird auch an der Sitzung im Januar teilnehmen.

6. *Ist durch diese Studie das Projekt der direkten Tramverbindung der Vorortslinien zum Bahnhof SBB (Tram Margarethenstich) in der raschen Realisierung gefährdet?*

Antwort: Nein. Man hat sehr stark darauf geachtet, dass diese beiden Projekte sich nicht gegenseitig behindern. Beide, Gundeli-Tunnel und Margarethenstich, können realisiert werden, ohne einander in die Quere zu kommen. Sie werden koordiniert geplant.

7. *Was gedenkt der Gemeinderat Binningen in dieser massiven Mehrverkehrsproblematik zu tun?*

Antwort: Nochmals: Man rechnet nicht mit einem enormen Mehrverkehr. Man wird mit allen Mitteln – Verhandlungen mit Basel, Einsprachen, koordiniertes Vorgehen mit der Verkehrskommission Leimental – dafür sorgen, dass es nicht mehr als zehn Prozent zusätzlich gibt. Man wartet jetzt ab, was sich im Januar ergibt, und wird sich dann entsprechend verhalten.

FDP: Peter Heiz erklärt sich einverstanden und zufrieden. Man wird wieder auf die Sache zurückkommen, wenn es nötig ist.

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler kehren wieder zurück zu

Traktandum 2

Gesch. Nr. 130

Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2010:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Stimmzähler Jürg Humbel gibt das Ergebnis der Wahl bekannt:

- ausgeteilte Stimmzettel: 39
- eingegangene Stimmzettel: 39
- leer: 5

- ungültig: 0
- gültig: 34
- absolutes Mehr: 18

Gewählt ist mit 32 Stimmen Susanna Keller. Zwei Stimmen erhielt Fredy Gerber.

::: Für die restliche Amtsperiode wird Susanna Keller, SVP, in die Sozialhilfebehörde gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 128

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.10.2010:

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

FDP: Markus A. Ziegler schlägt Daniel Zimmermann vor.

Präsident Alex Achermann stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge vorhanden sind, so dass Daniel Zimmermann in stiller Wahl gewählt ist.

::: Für die restliche Amtsperiode wird Daniel Zimmermann, FDP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 125

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.9.2010:

Voranschlag 2011, Finanzplan 2012 bis 2015 inklusive Leistungsaufträge 2011

Eintreten:

Verena Dubi, Sprecherin der GRPK: Der Voranschlag 2011 unterscheidet sich von seinen Vorgängern vor allem in zwei wesentlichen Punkten. Der erste und einfachere: Die Leistungsaufträge wurden gestrafft, sie sind lesbarer geworden, und man sieht schneller, was man überhaupt noch steuern kann, und was übergeordnete Gesetze oder Bestimmungen so stark festlegen, dass man gar nichts mehr machen kann. Diese neue Form der Leistungsaufträge gefällt der GRPK. Allerdings fehlen noch Kennzahlen. Diese werden in den nächsten Jahren eingeführt. Die Änderungsvorschläge für das nächste Jahr findet man im Anhang des GRPK-Berichts. Der zweite Unterscheidungs- punkt zu den Vorjahren ist für die Gemeinde sehr viel unangenehmer und einschneidender. Nach vielen Jahren mit schwarzen Voranschlägen legt der Gemeinderat nun ein rotes Budget vor. Und das, obwohl in dem Budget bereits vom Gemeinderat vorgeschlagene Einsparungen im Umfang von ungefähr einer halben Million Franken enthalten sind. Schuld ist der horizontale Finanzausgleich, der mitten im laufenden Jahr der Gemeinde zusätzliche 4,2 Millionen Franken aufhalst. Realistischerweise hat daher der Gemeinderat für 2011 etwas mehr als 13 Millionen Franken als Leistung an finanzschwächere Gemeinden eingesetzt. Zusätzliche Ausgaben in einer solchen Höhe kann Binningen nicht kompensieren. Übrigens haben die anderen Gebergemeinden im Kanton ebenfalls defizitäre Voranschläge. Der Binninger Voranschlag weist einen Verlust von 1,9 Millionen Franken aus und einen Selbstfinanzierungsgrad von 26,4 %. Die Gemeindeordnung verlangt einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 % über acht Jahre. Der Binninger Selbstfinanzierungsgrad über diese acht Jahre liegt bei 89 % bei einem kumulierten Fehlfinanzierungsbetrag von 4,7 Millionen Franken. Um den § 41 der Gemeindeordnung erfüllen zu können, müsste man also 4,7 Millionen Franken einsparen. Trotz dieser Situation beantragt der Gemeinderat keine Steuererhöhung. Er begründet diesen Entscheid mit Unklarheiten bezüglich der Entwicklung des Finanzaus-

gleichs sowie damit, dass ein neues kantonales Rechnungsmodell so oder so einschneidende Veränderungen bringen wird, die man im Moment noch nicht beziffern kann. Zudem hat Binningen über zwölf Millionen Eigenkapital, das man nur im Falle eines Defizits verwenden kann. Diese Situation hat in der GRPK ziemlich zu reden gegeben. Sie bedeutet, dass in jedem Fall im Rat 2/3-Mehrheiten gefunden werden müssen, damit das Budget nicht zurückgewiesen wird: Eine Steuererhöhung braucht zwei Drittel der Anwesenden; aber auch das Genehmigen eines defizitären Budgets bedeutet eine Verletzung des § 41 und muss folglich von zwei Dritteln des Rats bewilligt werden. In der Kommission haben sich so eindeutige Mehrheiten nicht gefunden. Darum beantragt die GRPK eine Abstimmung nach den Anträgen des Gemeinderats auf Seite 30 v. 34. Die wenigen Änderungsanträge der GRPK werden in der Detailberatung vorgebracht. Abschliessend stellt die GRPK fest: Die Verwaltung hat in der Kommissionsberatung gewaltige Arbeit geleistet. Die Kommission war manchmal am Anschlag und auch ziemlich hilflos. Es war dies das erste Mal in der Karriere der Sprecherin, dass man aus der Kommissionsberatung nochmals zurück in die Fraktionen ging, um dort zu berichten. Dank gilt daher der Verwaltung; den Personen, die mit den Finanzen befasst sind, aber auch den Gemeindeangestellten, die bei den Befragungen durch die GRPK so bereitwillig Auskunft gaben.

FDP: Markus Ziegler: Es gibt zwei Ebenen, auf denen man dieses Budget anschauen kann. Die eine ist der ausserordentliche Faktor des neuen Finanzausgleichs, die andere ist das Budget als solches im Vergleich zum Vorjahr, oder generell die Würdigung des Budgets ohne die Sondereffekte.

Zum zweiten Punkt: In den vergangenen Jahren hat dem Rat und vor allem der FDP-Fraktion der sinkende Selbstfinanzierungsgrad Sorgen gemacht. Der Gemeinderat hat deshalb KAP-Massnahmen in die Wege geleitet und einen ersten Teil bereits umgesetzt. Sie sind jetzt bereits budgetwirksam. Wenn man die ausserordentlichen Faktoren weglässt, sieht man, dass dem Abwärtstrend des Selbstfinanzierungsgrads Einhalt geboten wird. Die Gemeinde ist also auf dieser Ebene auf einem guten Weg. Der nächste Schritt ist noch nicht vollzogen. Es werden im Rat weitere KAP-Massnahmen diskutiert werden, und es wird darum gehen, auch diese gemeinsam und ohne Rücksicht auf Partikularinteressen umzusetzen. Es tut allen gut, wieder einmal mehr Finanzdisziplin zu zeigen. Das betrifft explizit auch die Investitionen. Dort scheint es der FDP nötig, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen und die Investitionen unter diesem Licht zu betrachten. Bezüglich einer Investition, die zwar noch nicht nächstes Jahr kommt, hat die BPK ja bereits Weichen gestellt.

Zum Thema ausserordentliche Belastungen: Der Kanton hat der Gemeinde ein Weihnachtsgeschenk in Form einer Mehrausgabe von 4,2 Millionen Franken gemacht. Das ist ein happiger Betrag. Gemäss den Zahlen der kantonalen Finanzverwaltung, die auch dem Kantonsparlament bei der Abstimmung über das Gesetz vorlagen, waren ungefähr 7 Millionen Franken eingesetzt, jetzt sind es 4,2 Millionen Franken mehr, also eine Steigerung von über 50 %. Man hat nun theoretisch drei Möglichkeiten: Man könnte in diesem Umfang die Ausgaben senken. Das erscheint der FDP in dieser kurzen Frist nicht möglich, und es hätte auch durchschlagende Auswirkungen auf der Leistungsseite. Die FDP ist selbstverständlich zu weiteren Sparüberlegungen bereit. Aber das muss gut überlegt sein und darf nicht „übers Knie gebrochen werden“. Deshalb erscheint der FDP dieser Weg nicht zielführend. Eine andere Möglichkeit sind Steuererhöhungen, zu denen es von links bis rechts Überlegungen gibt. Dagegen hat sich die FDP auch schon öffentlich klar und geschlossen ausgesprochen. Die Gemeinde Binningen hat ein Eigenkapital von über zwölf Millionen Franken, sie hat keine Schulden. Zudem gibt es ein neues Rechnungslegungsmodell, das die Gemeinde in Zukunft zwingen wird, ihre Werte anders einzuschätzen. Es wird zu einer Aktivierung von stillen Reserven kommen. Das Eigenkapital könnte so auf bis zu 50 Millionen Franken ansteigen. In dieser Situation ist es nicht denkbar, dass die Gemeinde eine Steuererhöhung ins Auge fasst. Zumal die Sache mit dem Finanzausgleich noch nicht vorbei ist, und es diesbezüglich starke Bestrebungen gibt, Korrekturen vorzunehmen. Der dritte Weg schliesslich wäre, einen ausserordentlichen Verlust zu schreiben. Das ist der Vorschlag des Gemeinderats und auch der der GRPK. Auch die FDP steht hinter diesem Vorschlag. Sie ist sich bewusst, dass es die Schuldenbremse gibt, die ein FDP-„Gewächs“ ist. Man möchte daher auch kein Präjudiz schaffen, dass die Schuldenbremse obsolet ist. Aber man muss klar sehen, der Gesetzgeber hat die Möglichkeit geschaffen, in ausserordentlichen Situationen einen Verlust budgetieren zu dürfen. Die FDP ist der Ansicht, dass sich Binningen derzeit in einer solchen ausserordentlichen Situation befindet.

Eine Bemerkung noch zum Finanzausgleich: Es scheint, die Damen und Herren in Liestal vergessen ab und zu, woher das Geld im Kanton kommt. Einige Zahlen aus der Steuerstatistik des Kantons: Die Gemeinde Binningen hat etwa 5 % der steuerpflichtigen Einwohner/-innen des Kantons, zahlt aber ungefähr 10 % der Kantonssteuern. Die Gemeinde Binningen zahlt absolut gesehen mehr Steuern an den Kanton als die Bezirke Laufen und Waldenburg zusammen oder als der Bezirk Sissach. Der Kanton hat mit diesem Finanzausgleich ein riesiges Eigentor geschossen. Binningen müsste zum Ausgleich für die Mehrbelastung die Steuern etwa um 5 % anheben; wenn dann gute Binninger Steuerzahler – die noch bessere Steuerzahler des Kantons sind, weil sie dorthin etwa das Doppelte zahlen – sich überlegen, wohin sie wegen dieser Steuererhöhung gehen sollen, dann ist für sie die Alternative nicht Binningen oder Känerkinden, sondern Binningen oder Freienbach oder Zug, oder, falls sie in der Region bleiben wollen, irgendein Ort im Kanton Aargau. Der Votant ist der Meinung, der Regierungsrat und der Landrat täten gut daran, diesen Finanzausgleich nochmals zu prüfen und eine moderatere Version auszuarbeiten.

Zusammenfasst: Die FDP wird sich geschlossen gegen jegliche Steuererhöhung wehren und stimmt den Anträgen des Gemeinderats und der GRPK zu.

SP: Severin Brenneisen: Auch die SP-Fraktion findet, wie die GRPK, dass die Leistungsaufträge lesbarer geworden sind. Die diversen Tabellen sind eine grosse Hilfe und machen den Vergleich einfacher und übersichtlicher. Der Voranschlag weist ein erhebliches Defizit aus, was zu einer Verletzung von § 41 der Gemeindeordnung führt, und zwar im Jahr 2011, aber sehr wahrscheinlich auch in nächster Zukunft. Man muss sich Gedanken darüber machen, wie man das lösen will. Der um 4,2 Millionen Franken höhere Betrag, den Binningen an den Finanzausgleich zahlen muss, war sehr frustrierend, zumal man von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen war. Die bereits eingeleiteten KAP-Massnahmen, die zum Teil einen schmerzhaften Prozess darstellten, konnten das Defizit nicht kompensieren. Auch mit den geplanten weiteren KAP-Massnahmen wird es nicht möglich sein, die fehlende Summe gesamthaft aufzufangen. Daher ist die SP-Fraktion der Meinung, dass es jetzt richtig wäre, eine moderate Steuererhöhung von einem Prozent vorzunehmen. Die SP-Fraktion findet es nicht richtig, jetzt alles allein über das Eigenkapital abzuwickeln.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion hatte sowohl beim Voranschlag 2009 wie beim Voranschlag 2010 konkrete, realistische Sparvorschläge unterbreitet. Sie war damals und ist jetzt der Überzeugung, dass der Gemeinde Binningen zu viel Geld zur Verfügung steht. Dieses Geld wird vor allem, um es diplomatisch zu sagen, für grosse Bauvorhaben aus der Kasse genommen, man könnte weniger diplomatisch auch sagen: verschleudert. Da war der Schlosspark, der 7 Millionen Franken mehr gekostet hat. Man hat das Alters- und Pflegeheim, das 3 Millionen Franken mehr kostet, mit einem Gemeindeanteil, der mit einem Drittel der Gesamtkosten höher ist als in anderen Gemeinden. Wenn man nur diese beiden Projekte zusammen nimmt, so sind es 10 Millionen Franken, die einfach weg sind. Diese 10 Millionen würden ausreichen, um für 10 Jahre den Steuerfuss um ein Prozent zu senken. Der Voranschlag 2011 ändert für die SVP nichts an der Lagebeurteilung und auch nichts am Bestreben der SVP, weiterhin vernünftige Sparvorschläge zu bringen. Diese werden noch einzeln zur Sprache kommen. Die SVP hat allerdings die Vorahnung, dass sie mit diesem Bestreben zum dritten Mal scheitern wird, da zwar der Gemeinderat seine Sparvorhaben umgesetzt hat, der Einwohnerrat aber diejenigen Sparmassnahmen, die in seiner Kompetenz liegen würden, seit einem halben Jahr unbehandelt liegen lässt. Daher sieht die SVP-Fraktion nur die Möglichkeit, parallel dazu mit einem Antrag auf Senkung des Steuerfusses der Gemeinde weiter Geld zu entziehen. Der Gemeinderat bestärkt die SVP in dieser Ansicht mit seiner Publikation im letzten Binninger Anzeiger vom 9. Dezember, wo er darlegt, wie reich die Gemeinde Binningen ist. Man hat jetzt auch vom Fraktionssprecher der FDP gehört, was noch an Geldern zum Vorschein kommen wird, wenn man die Werte der Gemeinde nach zeitgemässen Methoden beurteilt. Und der Gemeinderat rechnet vor, dass er ohne diesen erhöhten Finanzausgleich 3,7 Millionen Franken zu viel in der Kasse hätte. Die SVP ist dem Gemeinderat sehr dankbar für diese Offenheit, denn hätte man diesen Finanzausgleich nicht gehabt, wäre dem Gemeinderat wieder das eine oder andere Bauvorhaben in den Sinn gekommen. Die 3,7 Millionen Franken bedeuten ja nichts anders als etwa 3,5 Steuerfuss-Prozente in einem Jahr. Die SVP beantragt aus diesen Gründen eine Steuerfussenkung um 1 Prozent, also von 46 % auf 45 %.

CVP: Lukas Metzger: Die CVP findet die neuen Leistungsaufträge eine grosse Verbesserung. Es ist jetzt klarer, was die wirklichen Ziele sind. Vor allem freut die CVP über die Unterscheidung in beeinflussbare Ausgaben und Leistungen sowie nicht beeinflussbare, d.h. gesetzlich gegebene Aufgaben und Ausgaben. Den Voranschlag 2011 zusammen mit den KAP-Massnahmen findet die CVP ausgewogen. Es handelt sich auch strukturell um ein gesundes Budget. Für das ordentliche Ergebnis – ohne den Finanzausgleich – wäre sicher keine Steuererhöhung nötig. Die CVP will keine Steuererhöhung vornehmen wegen des Finanzausgleichs; dies wäre ein vollkommen falsches Signal nach Liestal und vor allem an alle anderen Gemeinden im Baselbiet. Die CVP sieht es vielmehr so, wie es in Arlesheim und Bottmingen schon beschlossen worden ist, die als grösste Gebergemeinden ein Defizit fahren, um nicht zu signalisieren, dass sie diesen Finanzausgleich akzeptieren. Die CVP schliesst sich den Voten der FDP an und stimmt den Anträgen des Gemeinderats und der GRPK zu. Sie wehrt sich gegen eine Steuererhöhung. Auch ein Prozent fände sie ein falsches Signal. Wenn man § 41 der Gemeindeordnung respektieren wollte, müsste man um 5 % erhöhen. Das gäbe dann einen Überschuss von 3,2 Millionen Franken, und das wäre eine ganz seltsame Situation.

Grüne/EVP: Anand Jagtap: Die Ausgangslage für das Budget 2011 ist ziemlich ungemütlich. In den Vorjahren hat die Grüne/EVP-Fraktion jeweils mahnend den Zeigefinger erhoben. Jetzt ist es soweit: Binningen kann die Selbstfinanzierungsregel nicht mehr einhalten. Der Gemeinderat hat es leider versäumt, dem Einwohnerrat einen mehrheitsfähigen Voranschlag zu unterbreiten. Es ist seine Aufgabe, eine Finanzplanung zu unterbreiten, die den Blick auch über die nächsten Jahre hinaus richtet. Es kann nicht sein, dass die Ungewissheit hinsichtlich des kantonalen Finanzausgleichs und der künftigen Rechnungslegung den Gemeinderat derart lähmt, dass er zu einer Politik des „den Kopf in den Sand Steckens“ übergeht. Er beschliesst, bis auf Weiteres nichts zu beschliessen. Schlimmer noch: Statt zu handeln, schlägt er vor, die Regel zum Eigenfinanzierungsgrad aufzuheben, weil er sie nicht mehr einhalten kann. Das ist politisch höchst unsensibel. Der Mehraufwand aus dem Finanzausgleich ist eine Herausforderung für Binningen. Das anerkennt die Grüne/EVP-Fraktion. Sie erwartet aber vom Gemeinderat, dass er sich an sein Bekenntnis von vor einem Jahr hält und die Haushaltskonsolidierung auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite ansetzt. Der eine Teil ist mit KAP angegangen worden. Den anderen Teil ist er bis heute schuldig geblieben. Das Ergebnis hat man heute vor sich: Eine vertrackte Patt-Situation. Dem vorliegenden Budget fehlt die Weitsicht. Die Grüne/EVP-Fraktion will verhindern, dass Binningen in zwei Jahren die Steuern auf einen Schlag um mehrere Prozentpunkte anheben muss, wodurch die Schallmauer von 50 % durchbrochen würde. Binningen braucht in den kommenden Jahren finanziellen Handlungsspielraum. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass dieser im Moment nicht besteht. Die vorhandenen Bauprojekte und die Auswirkungen von HarmoS auf den Schulraumbedarf werden den Handlungsspielraum weiter einschränken. Und der Kanton – das gilt auch für den Finanzausgleich – wird der Gemeinde garantiert nicht zu Hilfe kommen. Denn auch er ist finanziell nicht in einer rosigen Situation. Auch er ist mit Projekten gesegnet, die nicht in seine Finanzplanung passen wollen. Binningen kann daher froh sein, wenn der Kanton seine bereits gegebenen Versprechungen einhalten kann. Aus diesen Überlegungen heraus stellt die Grüne/EVP-Fraktion den Antrag, die Vorlage zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Stellungnahme des Gemeinderats:

Gemeindepräsident Charles Simon: Er und Gemeinderätin Anne Mati waren in den GRPK-Sitzungen nicht anwesend, haben sich aber von dem derzeit noch erkrankten Gemeinderat Michael Keller informieren lassen und werden das Budget dem entsprechend vertreten. In Sachfragen soll heute ausnahmsweise der Verwalter bzw. der Finanzverwalter Auskunft geben. Zuerst einmal: Binningen steht finanziell sehr gut da. Die Gemeinde hat ein Eigenkapital von fast 13 Millionen Franken und hochrechnet ein Finanzvermögen von fast 50 Millionen Franken. Binningen ist seit dem Jahr 2002 schuldenfrei und hat schon Vorfinanzierungen von über 13 Millionen Franken getätigt. In Kürze: Binningen ist die reichste Gemeinde im Kanton Baselland. Binningen hat auch eine spezielle Schuldenbremse, nämlich § 41, den achtjährigen Selbstfinanzierungsgrad. Das ist eine sehr strenge Schuldenbremse, die strengste im Kanton. Alle anderen 85 Gemeinden haben keine Schuldenbremse, oder eine nicht so strenge. Dem jetzigen Budget, wenn man es nach § 41 beurteilt, fehlen 4,7 Millionen Franken, dies trotz der schon eingeleiteten KAP-Übung. Für das Jahr 2011 wurde eine halbe Million Franken an Einsparungen eingerechnet, für 2012 dann eine ganze Million. Das reicht

noch nicht, um den Fehlbetrag auszugleichen. Grund ist der Finanzausgleich. Statt 7 muss Binningen rund 11 Millionen Franken bezahlen. Deshalb legt der Gemeinderat für das kommende Jahr ein rotes Budget vor. Das ist sehr ungewöhnlich. Wenn man einen Blick auf die anderen Gebergemeinden wirft, so sieht man, dass sie genau das Gleiche tun: Sie budgetieren ein Defizit. Zum Teil kam das bei den Gemeindeversammlungen bereits durch: Arlesheim, Biel-Benken, Bottmingen, Oberwil und auch Pfeffingen. Sie alle haben die gleiche Taktik wie Binningen. Auch die Gründe sind bei allen die gleichen: Der Finanzausgleich und HRM2, das neue harmonisierte Rechnungsmodell. Kurz, wenn die Modalitäten ändern, muss man über die Rahmenbedingungen nachdenken. Der Gemeinderat steckt nicht den Kopf in den Sand, wie es von der Grüne/EVP-Fraktion vermutet wird, sondern er schaut voraus. Die Strategie des Gemeinderats betrifft zwei Punkte, nämlich den Finanzausgleich und das HRM2. Beim Finanzausgleich kämpft Binningen an vorderster Front für eine bessere Lösung, zusammen mit den anderen Gebergemeinden. Gekämpft wird auf drei Ebenen: Man hat eine Beschwerde eingereicht, die bei der Regierung hängig ist. Im Weiteren wird politisch und auf Verwaltungsebene gekämpft. Es ist auch schon ein Silberstreifen am Horizont erkennbar: Es ist gut möglich, dass bereits im kommenden Jahr kein so hoher Betrag mehr nach Liestal abgeführt werden muss. Eine Lösung scheint also möglich, Dämpfungselemente sollen eingebaut werden. Was das HRM2 angeht, läuft die Vernehmlassung, Binningen hat bereits Stellung genommen. Man findet das Modell grundsätzlich gut, hat aber noch zwei, drei Korrekturvorschläge gemacht. Das harmonisierte Rechnungsmodell gilt im Kanton, wenn es gut geht, schon ab 2012. Das heisst, der Gemeinderat wird im Verlauf des kommenden Jahres mit einem Vorschlag in den Einwohnerrat kommen, wie man den § 41 in der Gemeindeordnung abändern könnte, um keine so starke Schuldenbremse mehr zu haben. Es hat keinen Sinn, diese Schuldenbremse so rigide zu halten, wenn die anderen Gemeinden dies nicht tun und trotzdem gut fahren. So, wie es die letzten Jahre lief, kann die Gemeinde einen Gewinn nicht auf die hohe Kante legen, sondern man muss ihn „verstecken“, zum Beispiel als Vorfinanzierung, was eigentlich auch nicht ganz „true and fair“ ist. Ebenfalls soll die Abschreibungspraxis ändern. Momentan aber ist man in einer schwebenden Situation, so dass der Gemeinderat den Einwohnerrat bittet, das rote Budget so, wie es jetzt ist, durchzuwinken. Die Gemeinde hat ein so hohes Vermögen, dass sie den Verlust abfedern kann.

Es braucht ein Zweidrittel-Mehr. Es könnte sein, dass es heute nicht dazu reicht. Das wäre katastrophal. Kein Einwohner von Binningen würde es verstehen, dass bei der ausgezeichneten finanziellen Ausstattung der Gemeinde eine einmalige, gut begründete Ausnahme vom Einwohnerrat nicht gutgeheissen würde. Was bedeutet eine Budget-Rückweisung? Im Januar, vielleicht auch noch im Februar, dürfte die Gemeinde nur gesetzlich hinterlegte Ausgaben tätigen. Das heisst, die Löhne an die Mitarbeiter dürften noch gezahlt werden, aber alles andere – Subventionen, freiwillige Leistungen, z.B. Spitex, Tagesbetreuung – dürften nicht ausgezahlt werden. Das ist keine Drohung, nur eine Darstellung der Gesetzeslage. Und was wäre das Ziel, wenn das Budget heute nicht bewilligt würde? Der Gemeinderat müsste ein neues Budget vorlegen, in dem 4,7 Millionen Franken eingespart werden, damit es dem § 41 genügt. Im Budget 2011 stehen nur 5,1 Millionen Franken an Investitionen. Man müsste als praktisch sämtliche Investitionen unterlassen, damit es in etwa ausgeglichen wäre. Aber: In diesen Investitionen sind 1,7 Millionen für das neue Altersheim Schlossacker enthalten, das Feuerwehrauto mit 0,7 Millionen (das könnte man zwar vielleicht noch ein Jahr hinausschieben), aber auch den Ersatz der Garderobe in der Sportanlage Spiegelfeld mit anderthalb Millionen müsste man hinausschieben, und man müsste auch im freiwilligen Bereich einige Dinge ganz drastisch streichen oder verschieben, etwa auch beim Unterhalt von Strassen und Gebäuden. Dies wäre die Richtung, in der man weitergehen müsste, wenn das Budget heute durchfallen würde. Und dann würde sich auch noch die Frage stellen, ob ein neues Budget mehr Chancen hätte. Der Gemeindepräsident appelliert daher an die Einwohnerratsmitglieder, ihre Verantwortung wahrzunehmen und nicht einfach eine Rückweisung zu beschliessen, sondern zu sagen, worum es geht. Positiv gesagt: § 41 erlaubt, dass man mit einem Zweidrittel-Mehr eine Ausnahme machen kann.

SVP: Urs-Peter Moos dankt dem Gemeindepräsidenten dafür, dass er sich klar zum § 41 äussert, jedenfalls aus Sicht des Gemeinderates. Der Votant hat in den vergangenen Wochen immer die Meinung vertreten, wenn dieser Paragraph heute Abend ausser Kraft gesetzt wird, dann kommt das seiner Abschaffung gleich. Die SVP schätzt die disziplinierende Wirkung dieses Paragraphen ausserordentlich. Diese Bestimmung hat man einst geschaffen weil Binningen sehr hohe Schulden hatte. Als diese abgetragen waren, hat man den § 41 beibehalten, obwohl man ihn genau genommen hät-

te modifizieren müssen. Schlussendlich war der § 41 nichts anderes als eine Gelddruckmaschine, mit der man bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Geld abgeholt hat. Man wusste dann gar nicht mehr, wohin mit dem Geld, und vieles davon hätte man sich bei haushälterischem Umgang sparen können. Der Gemeindepräsident hat bei den Investitionen verschiedenste Dinge aufgezählt, die man aufschieben könnte – bei der SVP denkt man zum Beispiel auch an den Planungskredit für den Werkhof von 350'000 Franken. Hätte die Gemeinde nicht so viel Geld auf der Seite, dann würde die SVP die Lagebeurteilung der Grüne/EVP-Fraktion teilen. Jedenfalls teilt die SVP die Ansicht, dass es die Aufgabe des Gemeinderates wäre, Vorschläge zu machen. Mit der Lösung, die heute auf dem Tisch liegt, nämlich dass der Gemeinderat seine Arbeit nicht gemacht hat und den Ball, auch mit einem Artikel im Binninger Anzeiger, dem Rat zuschiebt, ist die SVP nicht einverstanden.

Präsident Alex Achermann bittet um Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag der Grüne/EVP-Fraktion.

SVP: Christoph Anliker: Man sollte dem Rückweisungsantrag eine Chance geben. Wenn sich anschaut, wie sich das Budget über die Jahre entwickelt, wie es immer grösser wird und nirgends gespart wird, so ist jetzt der Moment gegeben, um einmal auf die Bremse zu stehen und das Budget zurückzuweisen. Dann soll der Gemeinderat schauen, was zu tun ist. Denn der Gemeinderat ist schlussendlich für die strategische Führung der Gemeinde verantwortlich. Der Einwohnerrat ist dazu da, dies zu kontrollieren, und er ist jetzt gefragt, dem Gemeinderat auf die Füsse zu treten. Die Rückweisung wäre ein harter Entscheid, aber schlussendlich käme es den Bürgern zugute, und dafür zu sorgen ist der Einwohnerrat da.

SP: Albert Braun: Wenn man schon das Budget an den Gemeinderat zurückweisen will, dann wäre es redlich, dem Gemeinderat auch mit auf den Weg zu geben, wo er denn sparen soll. Vier Millionen sparen – das ist locker in die Welt gesetzt; aber man hat kein Wort darüber gehört, wo der Hebel angesetzt werden soll. Die SP-Fraktion ist daher strikt gegen die Rückweisung.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger-Keel: Ihre Fraktion ist überhaupt nicht glücklich mit dem vorliegenden Budget. Schon letztes Jahr war abzusehen, dass das Budget von Binningen aus dem Ruder laufen wird. Die Gemeinde hat einfach zu viele Investitionen vor. Damals hat man gefeilscht und Kosmetik betrieben. Man hat die Abschreibungszeit von 8 auf 16 Jahre erhöht; man hat schnell 12'000 Franken für die Musikschule gestrichen – nur damit man den Selbstfinanzierungsgrad von 100% erreichen konnte. Der Finanzausgleich ist eine wiederkehrende Ausgabe, der die Gemeinde gemäss Aussagen des Herrn Johann Christoffel von der Kantonsverwaltung in den nächsten drei bis vier Jahren noch stark belasten wird. Die Verwaltung ist sich dessen bewusst, und es wird sich daran vermutlich nicht so schnell etwas ändern, wie man es gern hätte. Im Budgetvorschlag, den der Gemeinderat vorgelegt hat, vermisst die Votantin eine Strategie, wie Binningen in den kommenden Jahren mit diesen Mehrausgaben umzugehen gedenkt. Es wären verschiedene Massnahmen oder auch Kombinationen von Massnahmen möglich, vor allem käme es auf die Ausgewogenheit dieser Massnahmen an. Nun zu den einzelnen Punkten: Man sollte wirklich über eine Steuererhöhung nachdenken können, über eine Priorisierung der Investitionen, über Einsparungen bei diversen externen vergebenen Arbeiten (zum Beispiel Studien zu mehr oder weniger sinnvollen Fragen). Und man sollte sich auch überlegen, ob man nicht das Finanzvermögen anzapft. Es geht um eine Strategie, anhand derer man sich diese Punkte anschaut und ihre Kombination unter dem Gesichtspunkt der Ausgewogenheit abwägt. Der Gemeinderat darf nicht erwarten, dass der Einwohnerrat mit einem Antrag auf eine Steuererhöhung kommt. Das müsste vom Gemeinderat ausgehen. Der Gemeinderat ist verantwortlich für ein ausgeglichenes Budget, und die Finanzen der Gemeinde Finanzen liegen ja vertrauensvoll in FDP-Hand. Dass Steuererhöhungen vor dem Wahlkampf nicht all zu gut ankommen, ist klar. Es ist nach Meinung der Votantin aber nicht fair, nach den Wahlen einen allfälligen Scherbenhaufen einfach den Nachfolgern zu überlassen. Die Votantin erinnert an zwei Sitzungen des Einwohnerrats, bei denen die Steuern zuerst von 50% auf 48%, und dann sogar auf 46% gesenkt wurden – natürlich mit dem Zweidrittel-Quorum. Damals haben die „Linken und Netten“ mitgespielt und geholfen – im Vertrauen auf die Zusage der Rats-Rechten, dass bei Bedarf die Steuern auch wieder erhöht werden könnten. Die Votantin sieht noch heute die Bernhardiner-Augen von Markus Ziegler vor sich, der sogar von einem „flexiblen Steuersatz“ sprach. Der Blick hat ge-

wirkt. Die Grünen/EVP-Fraktion hat damals zugestimmt. Und jetzt fordert sie diese Zusage der Rats-Rechten ein. Sie ist nicht bereit, weitere Einsparungen im sozialen, familienpolitischen, Bildungs- oder Kulturbereich hinzunehmen. KAP enthält nur solche Einsparungen. Binningen ist die reichste Gemeinde im Baselbiet; es ziemt sich einfach nicht, dass sie in diesen Bereichen spart.

SVP: Christoph Anliker entgegnet auf Albert Brauns Votum, wonach die SVP-Fraktion hätte sagen sollen, wo gespart werden soll. Die SVP hat in den letzten beiden Jahren Sparvorschläge eingebracht. Zweitens ist der Einwohnerrat ein Kontrollorgan. Ein Kontrollorgan sagt, ob etwas richtig oder falsch ist, aber es ist nicht dazu da zu sagen, was zu tun ist. Der Rückweisungsantrag, den die SVP bereits in der GRPK stellte, ist daher zu unterstützen.

FDP: Martin Bolleter: Die Aussage, es sei schon vor einem Jahr absehbar gewesen, dass es mit dem Budget schlecht herauskommen wird, ist schlicht nicht wahr. Wenn man das Budget betrachtet ohne die spezielle Situation mit dem Finanzausgleich, dann sieht man, dass das Budget sehr wohl in die richtige Richtung geht. Ohne diesen Spezialeffekt hätte die Gemeinde ein ausserordentlich gutes Budget, und kein Mensch würde sich über Steuererhöhungen Gedanken machen. Diese Überraschung, die der Kanton den Gemeinden vor Kurzem beschert hat, hat niemand vorausgesehen, nicht einmal der Kanton selber und auch der Landrat nicht, als er dieses Gesetz beraten hat. Es wurde auch gesagt, man könne in so einer speziellen Situation das Finanzvermögen heranziehen. Eigentlich ist dies genau das, was vorgeschlagen ist. Indem man nämlich mit einem Negativsaldo, also mit einem Defizit, budgetiert und das in der Rechnung dann auch ausweist, wird dieses Defizit automatisch dem Finanzvermögen oder den Reserven der Gemeinde belastet. Dies ist auch der einzige Weg, wie Binningen überhaupt auf dieses Eigenkapital zugreifen kann. Dass eine Flexibilität im Steuersatz nach oben oder unten gegeben ist, wie das die FDP seinerzeit versprochen hat, ist nach wie vor nicht falsch. Es ist lediglich heute nicht der Zeitpunkt dafür. Binningen sollte auch nicht den anderen Gemeinden, die in der gleichen Situation sind, in den Rücken fallen. Man sollte jetzt wirklich noch ein Jahr abwarten und schauen, was sich mit diesem Finanzausgleich ergibt und dann anhand der Gegebenheiten entscheiden. Aber heute ist der Vorschlag des Gemeinderats der richtige.

FDP: Stefan Kaiser: Die KAP-Radikalmassnahme, wie sie angesprochen wurde, ist sicher ein spannender Ansatz. Aber wenn jemand der Meinung sein sollte, in einer Budget-Rückweisung und -Überarbeitung könne man eine Steuererhöhung, wie sie von gewisse Exponenten gefordert wird, verpacken, dann wird die FDP-Fraktion dazu nicht Hand bieten. Denn die FDP ist beim jetzigen Budget der Meinung, dass es ohne Steuererhöhung geht, und auch ein überarbeitetes Budget, falls es ein solches geben sollte, wird ohne Steuererhöhung auskommen müssen. Noch etwas zur Perversität des Systems, in dem die Gemeinde steckt: Man konnte am 11.12. lesen: „Lieber eine Steuerensenkung als ein weiterer Schuldenabbau“, und „Münchenstein: Spielraum dank neuem Finanzausgleichsgesetz“. Die Münchensteiner haben ihre Steuern gesenkt. Wie soll man da in Binningen den Wählern, resp. Einwohnern klar machen, dass man ihnen die Steuern erhöhen will, damit die Münchensteiner und andere Kantonsmitbewohner die ihren senken können? Das ist etwas, das sicher nicht angeht. Die Massnahmen, die der Gemeinderat vorsieht, das Budget, das er vorlegt, ist in der derzeitigen aussergewöhnlichen Situation sicher ein akzeptabler Kompromiss.

SVP: Urs-Peter Moos: Zum letzten Votum: Der Finanzausgleich hat nichts mit den Steuererträgen einer Gemeinde zu tun, sondern es geht um die Finanzkraft der Leute, die in der Gemeinde wohnen. Deshalb trifft die Äusserung von Stefan Kaiser nicht zu. Zur Frage einer Steuerensenkung allgemein und wegen des Vorausschauens: Man hat den § 41 gerade vor kurzer Zeit in einer Volksabstimmung angepasst. Grossinvestitionen können jetzt statt über 8 über 16 Jahre abgeschrieben werden. Es ging damals nicht um ein Defizit, sondern es ging um die hundertprozentige Selbstfinanzierung über 8 Jahre. Und da war schon absehbar, dass man den einen oder anderen Punkt etwas anpassen musste, damit der Schein gewahrt werden konnte. Da hätte der Gemeinderat vorausschauend schon etwas Mut beweisen und dem Volk eine allgemeine Reform des § 41 vorlegen können. Nun wird man das vermutlich im Verlauf des nächsten Jahres nachholen müssen.

FDP: Jürg Humbel: Markus Ziegler hat gesagt, es bestehe die Gefahr, dass die Leute nach Freienbach gehen. Sie könnten auch nach Monaco, dort wäre es noch günstiger. Was man aber nicht in die Waagschale wirft: Binningen ist ja „in“, sagt man. Und es gibt sicher Leute, die in die Region Basel ziehen möchten. Wenn Binningen nun die Steuern erhöht, ist die Gemeinde für solche Leute sicher nicht erste Priorität. Binningen ist gerne bereit, gute Steuerzahler hier aufzunehmen. Deshalb stimmt der Votant vehement gegen eine Steuererhöhung.

FDP: Markus Ziegler: Wenn sich die Extreme treffen, haben sie manchmal die gleichen Schlüsse, aber wenn man dann ins Detail geht, widersprechen sie sich wieder total. Die Rückweisung wäre ein Übers-Knie-Brechen. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Gemeinderat in seinem Vorgehen, nicht in einer Hauruck-Übung 4 Millionen herauszustreichen oder eine Steuererhöhung von fünf Prozentpunkten zu beschliessen, sondern das Problem zu analysieren, die Entwicklungen zu verfolgen und dann entsprechende Massnahmen einzuleiten. Es kann dann sehr wohl sein, dass man mit dem Steuersatz nach oben oder unten gehen muss, es kann auch um Einsparungsüberlegungen gehen. Aber das alles jetzt übers Knie zu brechen, wäre sicher falsch.

Zum § 41, und zu der geäusserten Meinung, dass dieser endlich revidiert werden müsse, findet der Votant, dass diese Schuldenbremse ein Erfolgsmodell ist. Binningen ist genau wegen dieses Paragraphen die reichste Gemeinde im Kanton. Man muss ihn zwar jetzt anpassen, aber die FDP-Fraktion wird sich gegen eine Verwässerung wehren. Man muss den Paragraphen auf das neue Rechnungslegungssystem anpassen, aber sicher keinen finanzpolitischen Schlendrian einführen. Der Votant ist erstaunt, dass die SVP hierzu Hand bieten will.

Zum Votum U.-P. Moos: Selbstverständlich hängt der Finanzausgleich von der Steuerkraft der Gemeinde ab. Aber wie man lesen konnte, haben verschiedene Gemeinden aufgrund des neuen Finanzausgleichs die Steuern gesenkt. Der Votant möchte nicht zu den Bürgern in Binningen gehen und ihnen sagen: Wir erhöhen die Steuern, damit die anderen sie senken können. Das macht keinen Sinn. Dann ist dieser Finanzausgleich wirklich pervertiert.

SP: Albert Braun: Die SP-Fraktion hat im Zusammenhang mit KAP schon lange darauf hingewiesen, dass es nicht sein kann, dass man nur auf einer Seite den Hebel ansetzt. Der wurde jetzt bei Sparmassnahmen angesetzt, mit denen die SP nicht glücklich ist. Der Votant erinnert daran, dass Binningen einen Steuerfuss hat, der jedes Jahr neu festgesetzt wird. Er ist nicht für zehn Jahre festgeschrieben. So wie er vor fünf Jahren im Einverständnis mit der Linken nach unten angepasst wurde, ist jetzt eine Situation für eine Anhebung da, und die bürgerliche Seite hatte damals ange-tönt, dass sie dazu im Falle der Notwendigkeit bereit sein werde. Die SP-Fraktion schlägt nur eine sehr moderate Steuerfusserhöhung vor, die keine grössere Auswanderung in Richtung Freienbach zur Folge haben würde. Binningen hat noch andere Qualitäten als einen immer noch relativ niedrigen Steuerfuss.

Zum Eigenkapital: Anhand der Rechnungen der letzten Jahre kann man feststellen, dass Binningen schon kräftig an Eigenkapital abgebaut hat. Von 2006 bis 2009 gab es einen Rückgang des Buchwerts um ungefähr 20%. Man sollte aber das Eigenkapital nicht zur Finanzierung der laufenden Rechnung brauchen. Das Eigenkapital ist das Familiensilber, mit dem man pfleglich umgehen sollte.

Präsident Alex Achermann macht darauf aufmerksam dass es zehn Minuten vor 9 Uhr ist und noch 30 Detailanträge vorliegen.

SP: Verena Dubi erinnert – nicht in ihrer Eigenschaft als Kommissionspräsidentin – daran, dass man sich immer noch beim Punkt Eintreten befindet. Diese Finanzdebatte ist zwar sehr spannend, aber der Rat sollte es heute Abend schaffen, das Budget zu behandeln. Wenn es so weitergeht, wird die Sitzung um Mitternacht noch nicht beendet sein.

Stellungnahme des Gemeinderats:

Gemeinderätin Anne Mati: Zum Vorwurf, der Gemeinderat habe seine Aufgaben nicht gemacht: Ohne die kurzfristig aufgetretene Zusatzbelastung durch den Finanzausgleich hätte man nicht nur kein Defizit in der laufenden Rechnung im Budget 2011, sondern auch im Finanzierungsgrad über acht Jahre – 2004 bis 2011 – wäre kein Defizit, sondern ein Überschuss von 3,7 Millionen. Der Ge-

meinderat hat seine Hausaufgaben gemacht mit KAP 1, KAP 2 und KAP 3, wozu die Abklärungen laufen. Man hat jetzt eine ausserordentliche Situation, die nach ausserordentlichen Massnahmen ruft. Der Vorschlag, das Budget jetzt so zu verabschieden, zielt auf einen Befreiungsschlag und auf die Möglichkeit, Zeit und Sicherheit zu gewinnen. Dem Gemeinderat ist klar, dass es keine dauerhafte Lösung ist, sondern es ist beabsichtigt, zusammen mit dem Einwohnerrat eine neue verbindliche Regelung zu finden, die eine sichere Basis für ein neues Haushaltsgleichgewicht schafft, das dann nicht von Einzelabstimmungs-Zufälligkeiten abhängig ist. Der Gemeinderat hat sich diese Aufgabe für das Jahr 2011 gesetzt. Alle Optionen sind offen. Das ist besser, als jetzt innerhalb von einem oder zwei Monaten eine Hauruck-Übung durchzuziehen, um 4,7 Millionen Franken einzusparen.

Präsident Alex Achermann lässt über den Rückweisungsantrag der Grünen-EVP-Fraktion abstimmen.

Mit 27 Nein zu 12 Ja wird beschlossen:

://: Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.
--

Detailberatung:

Präsident Alex Achermann gibt einleitend einen Überblick über die vorliegenden rund 30 Anträge. Ein relativ grosser Block von rund 20 Anträgen betrifft die Leistungsaufträge, also Ziff. 1 der Anträge des Gemeinderates. Sie kommen von der SP, der SVP und der GRPK. Dann gibt es Anträge zu den Produktgruppen, die v.a. von der SVP eingereicht wurden, einer auch von der GRPK. Es gibt einen Antrag der SP betreffend Teuerungsausgleich für das Personal. Es gibt einen bis zwei Anträge zum Steuersatz von SP und voraussichtlich auch SVP. Es gibt Anträge zu den Investitionsausgaben von der GRPK und der SVP, zum Investitionsbudget von der SVP und zum Stellenetat, ebenfalls von der SVP. Der Präsident schlägt vor, zunächst die Anträge zu den Leistungsaufträgen zu behandeln. Er lädt die Einreicher der Anträge ein, ihre Voten zu ganzen Gruppen von Anträgen zusammenzufassen.

Der Präsident ruft den Antrag der SP-Fraktion zum Leistungsauftrag 2.2, Seite 21, auf: „Für den Gebäudeunterhalt (Verwaltungs- und Finanzvermögen) soll weiterhin 1% des Gebäudeversicherungswerts (statt 0,9%) zur Verfügung gestellt werden.“

SP: Albert Braun: Binningen hat einen Liegenschaftswert von ungefähr 200 Millionen Franken (also sowohl Verwaltungs- wie Finanzvermögen). Üblicherweise setzt man ein Prozent davon für den Unterhalt ein, das wären 2 Millionen. Im Zusammenhang mit den KAP-Massnahmen hat der Gemeinderat beschlossen, diesen Ansatz auf 0,9% zu senken, was eine Sparmassnahme von 200'000 Franken bedeutet. Die SP-Fraktion ist gegen diese Senkung, weil diese kurzfristige Einsparung langfristig höhere Kosten zur Folge haben wird. Bereits in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Man hat beim Liegenschaftsunterhalt sehr gespart, was dann jeweils einen beträchtlichen Nachholbedarf zur Folge hatte. Es ist zudem so, dass die Gemeinde auch ältere Liegenschaften besitzt, bei denen 1 Prozent nicht ausreicht, sondern man 1,5% einsetzen müsste. Umgekehrt gibt es natürlich auch neuere, bei denen 0,5% ausreichen. Der Durchschnitt von 1% hat sich bewährt. Die SP ist dafür, diesen beizubehalten.

Präsident Alex Achermann: Laut Auskunft der Gemeindeverwaltung hätte die Gutheissung dieses Budgetantrags Mehrausgaben von rund 200'000 Franken zur Folge.

FDP: Markus Ziegler: Der Antrag ist ein Evergreen in der GRPK, und teilweise schafft er es bis in den Rat, das gibt dann etwas mehr Sitzungsgeld, das wiederum mit einer Steuererhöhung finanziert werden könnte... Das Problem wurde im Rat schon ein paar Mal diskutiert. Einen Richtwert von 1%, der sakrosankt wäre, gibt es nicht. Es gibt sicher Richtwerte für Private, die zum Teil höher sind. Aber im Rahmen des Gemeindebudgets sind Investitionen definiert als Ausgaben von über 100'000 Franken. Und wenn man eine grössere Investition hat, zum Beispiel die Erneuerung von Fenstern,

dann gibt es eine Separatvorlage, die nicht unter diesen Budgetposten fällt. Die Gemeinde ist daher bei weitem über diesem einen Prozent, auch wenn man hier nur 0,9% einstellt. Nun fängt es schon an mit den Partikularinteressen im Rahmen von KAP. Dies ist eine der Massnahmen, die absolut vertretbar sind. Man hätte den Satz noch mehr senken können, was auch bereits diskutiert wurde. Diese Diskussion ist im Rat jetzt wirklich obsolet.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger-Keel: Vorhin war zu hören, dass man den guten Steuerzahlern von Binningen Sorge tragen soll. Die Votantin ist dafür, dass man auch dem Finanzvermögen Sorge tragen soll. Das kann man nur, wenn man es gut unterhält. Die Gemeinde hat Verwaltungs- und Finanzvermögen, 200 Millionen. Wie die Häuser im Finanzvermögen der Gemeinde aussehen, muss man hier nicht diskutieren. Aber wie die Häuser im Verwaltungsvermögen der Gemeinde aussehen, also zum Beispiel gewisse Schulhäuser, dazu kann die Votantin nur sagen, es wäre schön, man hätte wirklich 1 Prozent zur Verfügung, und noch schöner wäre es, man würde dieses Prozent auch wirklich für Sanierungen einsetzen. Darum wird die Grüne/EVP-Fraktion den Vorschlag der SP unterstützen.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft die Anträge der SVP zu den Leistungsaufträgen 3.2, 3.4 und 4.1 auf.

SVP: Urs-Peter Moos: Sowohl beim Leistungsauftrag 3.2, 2. Ziel, auf Seite 32, wie auch beim 3. Ziel, Seite 33, möchte die SVP die zulässige Abweichung von 10 % auf 5 % reduzieren. Das gleiche gilt für Leistungsauftrag 3.4. Bei Leistungsauftrag 4.1, Seite 47, beantragt die SVP, diese 100'000 Franken an Kulturinstitutionen der Stadt Basel zu streichen. Die Stadt Basel hat mit Abstand die höchsten Einnahmen pro Einwohner, nach den Zahlen von 2008 sind das mehr als 24'700 Franken Ertrag pro Einwohner. In Baselland steht man bei 12'600 Franken. Die SVP möchte das Geld lieber woanders ausgeben, als es der reichen Stadt Basel – die zwar immer erfolgreich lobbyiert und jammert – zu geben. Weiterhin (ebenfalls betr. Seite 47, 5. Ziel) ist die SVP-Fraktion gegen den Kulturfonds. Das heisst nicht, dass die SVP dagegen ist, Binninger und Baselbieter Kultur zu unterstützen. Aber es gab da ja ein Hin und Her mit der GRPK, bezüglich dessen man nicht informiert wird, wie es hier im Rat weitergeht. Deshalb möchte die SVP den Kulturfonds streichen. Zum 6. Ziel, Kronenmattsaal: Die Belegung an mindestens 75 % aller Tage dünkt die SVP kein anstrebenswertes Ziel, weil der Kronenmattsaal weitgehend unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Diesbezüglich müsste man einmal über die Bücher gehen, und bis das geschehen ist, könnte man dieses Ziel streichen.

SP: Patricia Kaiser: Die SVP hat vorhin gesagt, sie mache jedes Jahr konkrete und realistische Sparvorschläge. Konkret sind sie, dass sie auch realistisch wären, bezweifelt die Votantin. Es sind insgesamt 19 an der Zahl. Die Votantin hätte sie gerne in der GRPK diskutiert, jetzt ist es ihrer Meinung nach zu spät. Speziell zum Thema Theater Basel: Die Votantin arbeitet in unmittelbarer Nähe und kann U.-P. Moos daher versichern, dass es sehr viele Menschen aus Baselland und speziell aus Binningen gibt, die das Theater besuchen. Es wäre daher eine bessere Idee, einmal in Deutschland, dem „grossen Kanton“, anzuklopfen.

FDP: Markus Ziegler: Möchte P. Kaiser grundsätzlich unterstützen. Vielleicht sind die SVP-Vorschläge realisierbar und vernünftig. Aber der Votant würde vernünftige Vorschläge gerne in der GRPK diskutieren. Es ist das gleiche Spiel der SVP wie im vergangenen Jahr: In den letzten 5 Minuten kommt ein A4-Blatt voller Anträge, die man jetzt in der Ratssitzung abarbeiten soll. Das ist keine seriöse Ratsarbeit.

SVP: Urs-Peter Moos: Wer in der GRPK ist, weiss, dass die SVP dort, vor allem in diesem Jahr, auf keinen grünen Zweig kam. Die SVP würde es begrüessen, wenn die FDP, statt die Sparvorschläge der SVP zu monieren, sich endlich einmal dazu durchringen könnte, den einen oder anderen zu un-

terstützen. Und was die SVP noch mehr begrüßen würde, wäre, wenn auch aus dem Lager der FDP endlich einmal Sparvorschläge kämen.

SP: Verena Dubi: Unter den Streichvorschlägen der SVP sind einige, die genau in den Zuständigkeitsbereich der Subkommission von U.-P. Moos fallen, und genau aus dieser Subkommission, als einziger von allen, kam kein einziger Vorschlag in die GRPK. Das geht für die Votantin irgendwie nicht auf. U.-P. Moos (die Votantin spricht ihn persönlich an, nicht seine Fraktion insgesamt) soll dort seine Arbeit machen und seine Anträge in der GRPK bringen, so dass man dort darüber reden kann. Aber hier in der Ratssitzung kann man das nicht „schnell, schnell“ in dem Umfang besprechen, wie das nötig wäre.

CVP: Lukas Metzger: Die ganze A4-Seite mit SVP-Anträgen ist reine Demagogie und Propaganda, damit man in die Zeitung kommt. Wofür veranstaltet man eine GRPK-Sitzung, in der man Detail für Detail durchdiskutiert, und zwar wirklich bis zu Beträgen von 5'000 Franken herunter? Und dann kommen plötzlich ganz neue Sachen auf, die jetzt der Rat anschauen soll. Dazu sagte der Votant aus Prinzip nein. U.-P. Moos verlangt seinerseits seriöse Arbeit, aber was hier läuft, ist nicht seriös. Darum ist der Votant dafür, diese Anträge sämtlich abzulehnen.

SVP: Urs-Peter Moos findet es spannend, dass bei einigen Ratskollegen die Nerven so blank liegen, dass sie jetzt mit persönlichen Anschuldigungen kommen. Von der CVP hat er in der GRPK – ausser einer Amtsgeheimnisverletzung – nie etwas Konkretes gehört. Es war nämlich eine Amtsgeheimnisverletzung, die völlig daneben war, insbesondere gegenüber der SVP, die nach Ansätzen gesucht hatte, wie man weiterkommen könne. Was den persönlichen Tadel der Frau Dubi anbelangt – die seit Jahren Gelegenheit sucht, um im Rat auf ihm, dem Votanten, herumzuhacken – so nimmt er diesen zur Kenntnis, möchte ihn aber eigentlich nicht kommentieren.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betr. Leistungsauftrag 3.2 wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betr. Leistungsauftrag 3.4 wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betr. Leistungsauftrag 4.1, 3. Ziel, wird abgelehnt.

SVP: Urs-Peter Moos zieht namens der SVP-Fraktion sämtliche Sparanträge zu den Leistungsaufträgen gem. Tischvorlage zurück.

Präsident Alex Achermann ruft den Antrag der SP-Fraktion zum Leistungsauftrag 4.2, Freizeit und Sport/Umfeldentwicklung (S. 49) auf und weist darauf hin, dass der Betrag von Fr. 10'000, der gem. dem SP-Antrag „nicht gestrichen“ werden soll, im Budget 2011 noch vorhanden ist.

SP: Albert Braun zieht den Antrag zurück, tut aber kund, dass dies der SP ein wesentliches Anliegen ist. Es lohnt sich nicht, diese 10'000 Franken sparen zu wollen.

SVP: Urs-Peter Moos ist erstaunt, dass die SP offenbar die Dossiers nicht im Griff hat. Beides sind Punkte, die ganz klar beim Einwohnerrat liegen und nicht beim Gemeinderat.

SVP: Christoph Anliker findet es merkwürdig, dass die SP mit diesen Anträgen in den Rat kommt. In der GRPK hat er davon nichts gehört.

Präsident Alex Achermann ruft den Block der Anträge der GRPK zu den Leistungsaufträgen auf (Bericht der GRPK vom 30.11.2010, S. 6).

Verena Dubi, Sprecherin der GRPK: Bei Leistungsauftrag 5.2, Musikschule, möchte die GRPK das erste steuerbare Ziel (S. 64) streichen, weil es bereits im übergeordneten Bildungsgesetz vorgegeben ist, so dass man es hier nicht mehr erwähnen muss. – Bei 5.4, Erwachsenenbildung, ist eine Mehrheit in der GRPK der Meinung, bei den Kursen zur künstlerischen und handwerklichen Weiterbildung müssten die Teilnehmergebühren von 50% auf 60% der Lohnkosten der Kursleiterinnen heraufgesetzt werden. – Bei Leistungsauftrag 6.1, Gemeindeführungsstab (S. 75), drückt der 1. Satz des steuerbaren Ziels eine derartige Selbstverständlichkeit aus, dass die GRPK der Meinung ist, er müsse gestrichen werden. – Bei Leistungsauftrag 8,2, Gemeindestrassen (S. 110) ist die GRPK mehrheitlich der Meinung, dass neben der Sicherheit auch die Sauberkeit auf den Strassen gewährleistet sein sollte und man das Littering auf den Strassen besser in den Griff bekommen sollte. Daher sind im 2. Abschnitt, 2. Satz die Worte „und die Sauberkeit“ einzufügen.

Präsident Alex Achermann möchte die 4 von der GRPK beantragten Änderungen als nicht bestritten i.S.v. § 45 Abs. 4 der Geschäftsordnung für angenommen erklären, falls es keine Wortmeldungen gibt.

FDP: Pascal Treuthard hat nicht das Gefühl, dass man in Binningen ein Problem mit Littering hat. Die Strassen sind mehr als sauber. Es braucht daher nicht noch ein Gesetz, das dies festschreibt. Der Votant bestreitet diesen Antrag der GRPK.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK betr. Leistungsauftrag 5.2, Musikschule, wird angenommen.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK betreffend Leistungsauftrag 5.4, Erwachsenenbildung, wird angenommen.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK betr. Leistungsauftrag 6.1, Gemeindeführungsstab, wird angenommen.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK betr. Leistungsauftrag 8.2, Gemeindestrassen, wird angenommen.

Präsident Alex Achermann ruft den Antrag der SP-Fraktion zum Leistungsauftrag 5.3, Sekundarschule auf. Die SP beantragt, der Beitrag an die Sekundarschule zugunsten der Gesundheitsförderung von Fr. 10'000 soll auch nach dem Übergang der Sekundarschule an den Kanton nicht gestrichen werden.

SP: Barbara Jost Zürcher: Es geht hier um ein Partikularinteresse, wie Markus Ziegler es nannte. Es ist aber im Sinne gesellschaftlicher Verantwortung. Der Gemeinderat möchte die 10'000 Franken Gesundheitsförderungskosten an die Sekundarschule streichen. Es stimmt, die Sekundarschule geht an den Kanton über, und der ist dann für diese Schule verantwortlich. In Binningen hat man aber eine spezielle Situation. Man hat ein Konzept Gesundheitsförderung, das im Kindergarten anfängt und Ende Sekundarstufe I aufhört. Das ist nach wie vor eine einmalige Sache, jedenfalls im Kanton Baselland. Es gibt nicht manche Schule, wo man sich gesamthaft – obwohl sich die Trägerschaft innerhalb der letzten 12 Jahre mehrfach geändert hat – zusammengerauft und ein Konzept erarbeitet, weiterentwickelt und begleitet hat, mit dem die Kinder vom Kindergarten an bis Ende Sekundarstufe I in den Genuss von gesundheitsfördernden Massnahmen kommen. Diese 10'000

Franken zu streichen, ist schlicht ein falsches Signal. Man könnte vielleicht den Zweck umdefinieren und sagen, das Geld darf verwendet werden für all jene Dinge, die gemeinsam gemacht werden. Diese Schulen arbeiten nämlich zusammen, und dieses Geld kommt nicht nur der Sekundarstufe zugute, sondern der Gesamtschule. Darum sollen diese 10'000 Franken nicht gestrichen werden.

Verena Dubi, Sprecherin der GRPK teilt dazu ergänzend mit, dass das Geld noch vorhanden ist bis im Sommer, also bis Ende Schuljahr. Die 10'000 Franken beziehen sich auf das 2. Halbjahr 2011. Man müsste es also für ein halbes Jahr sprechen.

CVP: Silvia Bräutigam: Man sagt immer, die Sekundarschule ist Kantonsschule. Aber die Jugendlichen gehören nicht zum Kanton, sie gehören zu Binningen und Bottmingen. Und später zahlt sich diese Ausgabe aus.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen befürwortet den Antrag ebenfalls. Sie macht ergänzend darauf aufmerksam, dass die Gemeinde Binningen einen Preis bekommen hat für das Konzept Gesundheitsförderung an den Binninger Schulen und Kindergärten. Diese Anerkennung bedeutet auch eine gewisse Verpflichtung. Gesundheitsförderung hört nicht mit 12 Jahren auf, wenn die Kinder aus der Primarschule herauskommen. Die Votantin erwähnt ferner, dass die Jugendlichen in Binningen ihrer Meinung nach zurzeit sowieso ein wenig stiefmütterlich behandelt werden. Die Schulsozialarbeit wurde, obwohl anerkannt, gestrichen. Das Kinder- und Jugendkonzept wurde seit 1999 nicht mehr überarbeitet. Das Jugendhaus erhält zwar Geld, das den laufenden Betrieb deckt, aber für tolle Projekte, die man stattdessen realisieren könnte, fehlt das Geld. Was sagt man den Jugendlichen, wenn man jetzt diese 10'000 Franken streicht? Und wo, wenn nicht in der Schule, erreicht man alle Jugendlichen?

Mit 19 Nein zu 18 Ja, bei 2 Enthaltungen, wird beschlossen:

://: Der Antrag der SP-Fraktion betreffend Leistungsauftrag 5.3 wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann kommt zu Ziff. 2 der Anträge des Gemeinderats, Globalbudgets. Es sollen in diesem Zusammenhang auch die Produktgruppen-Anträge der SVP behandelt werden, soweit sie aufrecht erhalten bleiben. Zuerst soll im Zusammenhang mit genannter Ziff. 2 der Antrag der GRPK betr. Erneuerung der EDV-Infrastruktur an der Primarschule behandelt werden (GRPK-Bericht vom 30.11.2010, S. 6 ganz oben).

Verena Dubi, Sprecherin der GRPK: Die Schule hat – wohl aus Sparerwägungen heraus – beantragt, die Neuanschaffung von ersetzungsbedürftigen Laptops auf drei Jahre zu verteilen. Die GRPK hält es für vernünftiger, diese Laptops auf einmal zu ersetzen. Das wäre günstiger im Ankauf, und vor allem hätte man dann nur noch Geräte aus einer und derselben Generation. Ungewöhnlicherweise hat also die GRPK die Idee, das Budget in diesem Punkt zu erhöhen.

Präsident Alex Achermann: Der Antrag ist von Seiten der SVP-Fraktion bestritten.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP hat festgestellt, dass im Voranschlag die Installationskosten nicht ausgewiesen sind. Auch hatte die SVP, als sie zuerst den GRPK-Antrag unterstützte, noch zu wenig den Umstand gewichtet, dass einige der Geräte noch funktionsfähig sind. Daher möchte die SVP-Fraktion jetzt dem Vorschlag des Gemeinderates folgen.

CVP: Lukas Metzger: Bekräftigt die Aussage der GRPK-Sprecherin: Wenn man jetzt diese Mehrausgabe tätigt, spart man über die gesamte Lebensdauer dieser EDV-Ausrüstung gesehen Geld ein. Deshalb kam die GRPK auf die Idee, hier langfristig zu denken und nicht nur an das nächste Budget.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK betr. EDV-Infrastruktur an der Grundschule wird angenommen.

Präsident Alex Achermann ruft die Sparanträge der SVP-Fraktion betr. verschiedener Produktgruppen auf.

SVP: Urs-Peter Moos: Um der Beschleunigung willen zieht die SVP-Fraktion die Anträge PG1 (Streichung Stelle Kommunikationsbeauftragte, nur noch 1 statt 2 Gemeindeverwalter-Stv.) und PG4 (Keine Wiederaufstockung Kulturfonds, Streichung Fr. 100'000 für Theater Basel) zurück. – Bei PG5 ist der Unterpunkt EDV-Infrastruktur Primarschule durch die vorangegangene Abstimmung erledigt. An den beiden anderen Unterpunkten zu PG5 (Klassenmusizieren budgetneutral) und Musical budgetneutral) hält die SVP fest, weil sie Budgetposten betreffen, bei denen in den vergangenen Jahren massiv Mehrausgaben generiert wurden, und weil diese Unterpunkte problemlos über das laufende Budget abgedeckt werden könnten. – Bei PG8 weht sich die SVP vor allem gegen die aus ihrer Sicht unnötigen Strassenverbauungen; und sie hält auch die neuen Schaukästen nicht für eine sinnvolle Investition, vor allem im Hinblick auf zu befürchtenden Vandalismus. – Bei PG9 hält die SVP die geplanten Entsorgungs- und Beschaffungsrichtlinien für überflüssig. Und bei den Energieoptimierungsmassnahmen möchte die SVP die Fördermittel streichen, weil sie zu wenig konkret sind. – Zusätzlich beantragt die SVP, bei allen Produktgruppen zusammen eine Streichung von 1 Prozent vorzunehmen, was einen Sparbetrag von 385'000 Franken erbringen würde.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG5, Klassenmusizieren, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG5, Musical, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG8, Zurückstellung sämtlicher Strassenunterhaltsarbeiten, wird abgelehnt.

Durch Stichentscheid des Präsidenten (17 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen) wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG8, Zurückstellung aller Strassenunterhaltsarbeiten dort, wo Strassenverbauungen vorgesehen sind, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG8, Streichung neuer Schaukästen, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend PG9, Streichung der Entsorgungs- und Beschaffungsrichtlinien, wird abgelehnt.

FDP: Markus Ziegler fragt zum folgenden Punkt „PG9, Streichung von Fördermitteln für Energieoptimierungsmassnahmen“, ob es sich dabei um den Flyer handelt, der in der vergangenen Woche verteilt wurde.

Gemeinderätin Anne Mati: Ja, das war dieser Flyer zum 2010. Eigentlich sollten es alle wissen: Das Projekt konnte erst im August/September gestartet werden. Die vorgesehene Bilanz wurde noch nicht gezogen, Es wird einen Bericht „Wie weiter?“ geben; es ist nach Meinung der Votantin unfair, noch ehe dieser Bericht vorliegt, schon alles abzutöten.

SVP: Urs-Peter Moos zieht den betreffenden Antrag zurück.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion, bei allen Produktgruppen eine Kürzung um 1% vorzunehmen, wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft Ziff. 4 der Anträge des Gemeinderates (Gemeindesteuern) auf. Es liegt ein schriftlich formulierter Antrag der SP-Fraktion vor, den Steuerfuss um einen Punkt von 46% auf 47% zu erhöhen.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP -Fraktion beantragt, den Steuerfuss von 46% auf 45% zu senken.

Präsident Alex Achermann weist darauf hin, dass ein Zweidrittel-Mehr erforderlich ist

Mit 26 Nein zu 9 Ja, bei 4 Enthaltungen, wird beschlossen:

://: Der Antrag der SP-Fraktion auf Anhebung des Steuerfusses von 46% auf 47% wird abgelehnt.

Mit 30 Nein zu 8 Ja, bei 1 Enthaltung, wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion auf Senkung des Steuerfusses von 46 % auf 45 % wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft Ziff. 8 der Anträge des Gemeinderates (Investitionsausgaben) und die dazu vorliegenden Anträge der SVP auf (Reduktion erste Tranche Sanierung Garderobengebäude Sportanlagen Spiegelfeld auf CHF 1 Million sowie Streichung der Beschaffung von Werkhof-Fahrzeugen).

SVP: Urs-Peter Moos: In der BPK wurde beschlossen, dem Einwohnerrat einen Rückweisungsantrag zu stellen. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor für die Sanierung dieses Garderobengebäudes. Sie ist aber der Überzeugung, dass man mit weniger Geld auskommen kann. Daher dieser Reduktionsantrag. – Bei den Werkhof-Fahrzeugen ist für die SVP sehr irritierend, dass, nachdem im letzten Jahr bereits die Anschaffung eines Aufsitz-Rasenmähers beschlossen wurde, nun erneut Beschaffungswünsche vorgetragen werden. Diese kann man nach Auffassung der SVP zurückstellen, bis klar ist, ob und wie der gemeinsame Werkhof kommt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betr. Reduktion der Sanierungskosten Garderobengebäude Sportanlage Spiegelfeld auf CHF 1 Million, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betr. Streichung der Beschaffung von Werkhof-Fahrzeugen, wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft Ziff. 9 (Stellenetat) der Anträge des Gemeinderats auf. Es liegt ein Antrag der SVP-Fraktion vor, die 50%-Stelle Kommunikationsbeauftragte zu streichen.

SVP: Urs-Peter Moos: Der Antrag wurde bereits bei der Behandlung der Produktgruppen zurückgezogen.

Präsident Alex Achermann ruft die Schlussabstimmung zum Budget auf und weist auf die durch die heutigen Beschlüsse hervorgerufenen Änderungen hin. Er weist darauf hin, dass es zur Genehmigung des Budgets ein Zweidrittel-Mehr der Anwesenden braucht. Bei 39 anwesenden Ratsmitgliedern entspricht dies 26 Stimmen.

SP: Albert Braun weist darauf hin, dass die SP-Fraktion einen Antrag gestellt hatte, dem Gemeindepersonal einen Teuerungsausgleich von 0,7% zu gewähren.

Präsident Alex Achermann hatte diesen Punkt vergessen und gibt Gelegenheit zu einer Begründung.

SP: Albert Braun: Das Gemeindepersonal hat schon zwei Jahre lang keinen Teuerungsausgleich erhalten. Normalerweise schliesst sich die Gemeinde dem Kanton an und übernimmt die dortige Regelung. Der Kanton hat jedoch wegen finanzieller Probleme keinen Teuerungsausgleich beschlossen. Bei der Gemeinde Binningen sieht es etwas anders aus, sie ist auch nicht gezwungen, die Regelung des Kantons zu übernehmen. Das Personal hat sehr viel Arbeit geleistet, zum Beispiel mit der Neuformulierung der Leistungsaufträge. Darum wünscht die SP-Fraktion, dass ein einmaliger unversicherter Teuerungsausgleich für das Jahr 2011 geleistet wird, der – wenn der Votant richtig informiert ist – im Budget bereits enthalten ist.

FDP: Markus Ziegler: Es ist etwas eingestellt, weil der Gemeinderat bei der Budgetierung davon ausging, dass auch der Landrat etwas tun würde. Die Höhe kennt der Votant jedoch nicht. Es ist langjährige Praxis in der Gemeinde Binningen, dass man sich bezüglich des Teuerungsausgleichs dem Kanton anschliesst. Das wurde vor Jahren einmal unter den Parteien so abgemacht, gerade damit man nicht jedes Jahr in der GRPK und dann im Rat ein Gezänk über diesen Punkt hat. Der Kanton hat dieses Jahr etwas weniger gegeben als andere. Er hat auch schon mehr gegeben, und die Gemeinde Binningen ist gefolgt. Es gab diese Regelung auch schon, als Binningen finanziell nicht so gut dastand. Binningen hat damals trotzdem den Teuerungsausgleich gewährt, weil man bei dieser Regelung bleiben wollte, um das Thema aus dem politischen Gezänk herauszuhalten. Jetzt hat man die umgekehrte Situation, dass der Kanton ein finanzielles Problem hat. Der Votant möchte beliebt machen, dass man auch dieses Jahr an der langjährig geübten Praxis festhält und dem Kanton folgt. Man ist damit immer gut gefahren.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel präzisiert, dass der Kanton nicht deshalb, weil er in der finanziellen Klemme steckt, den Teuerungsausgleich nicht gewährt hat, sondern weil er im Gegenzug seinen Angestellten eine Woche Ferien mehr gewährt hat.

SP: Severin Brenneisen wollte das Gleiche sagen. Der Kanton gibt mehr Ferientage. Und wenn es heisst, dass Binningen dem Kanton folgt, würde das bedeuten, dass auch die Gemeindeangestellten mehr Ferien erhalten müssen. Der Votant fragt, ob das die Meinung bei der FDP ist, und möchte dies noch genauer präzisiert haben.

Gemeindepräsident Charles Simon: Im Moment sind im Budget 250'000 Franken eingestellt. Als das Budget im September erstellt wurde, wusste man noch nicht, was der Kanton entscheiden wird. Man hat daher als Erfahrungswert 1%, entsprechend 250'000 Franken, für Verwaltungs- und Primarschulpersonal, eingestellt, wobei zu beachten ist, dass die Entlohnung des Primarschulpersonals sowieso parallel zum Kanton läuft. Wenn man das herausnimmt, bleiben für das Verwaltungspersonal nur 0,7%, entsprechend 100'000 Franken. Im Gemeinderat war man der Meinung, dass man sich an den Landratsbeschluss halten wolle, entsprechend dem Personalreglement der Gemeinde. Man nimmt also jeweils die erwartete Teuerung ins Budget hinein, richtet sich dann aber automatisch nach dem, was der Landrat beschliesst. Demgemäss hat der Gemeinderat jetzt beschlossen, keinen Teuerungsausgleich zu zahlen, insofern spart man also diese 250'000 Franken. Es gibt aber einen zweiten Gemeinderatsbeschluss, der einen Auftrag an den Personaldienst beinhaltet, die kantonale und die kommunale Ferientagsregelung zu vergleichen. Es gibt in der Gemeinde eine etwas andere Ferienregelung als im Kanton. Nach erfolgter Abklärung wird der Gemeinderat das Thema wieder in den Einwohnerrat bringen. Der Kanton hat eine Zwei-Stufen-Regelung. In der ersten Stufe zieht die Gemeinde in etwa gleich mit dem Kanton, die zweite Stufe käme erst zum Jahr 2012.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag der SP-Fraktion, dem Gemeindepersonal einen Teuerungsausgleich von 0,7 % zu gewähren, wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft die Schlussabstimmung zum Budget in der jetzt bereinigten Form auf. Es braucht dazu ein qualifiziertes Mehr von 26 Stimmen.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel wendet sich gegen eine Globalabstimmung über das Budget. Sie möchte Punkt 6 separat ablehnen, ohne dazu einen Änderungsantrag einzubringen. Auf entsprechende Belehrung durch den Präsidenten stellt sie einen Rückkommensantrag auf separate Abstimmung über Punkt 6.

Grossmehrheitlich wird beschlossen

://: Der Rückkommensantrag wird abgelehnt.

Präsident Alex Achermann ruft erneut die Schlussabstimmung auf. Er macht darauf aufmerksam, dass sich eine Stimmenthaltung wie eine Ablehnung auswirkt.

Mit 28 Ja zu 8 Nein, bei 3 Enthaltungen wird beschlossen

://: Das Budget wird angenommen.

Traktandum 7 - Diverses

a) Anfrage Urs-Peter Moos

Gesch. Nr. 134

Neudruck Abstimmungsinformationen und Stimmzettel

Gemeindepräsident Charles Simon nimmt wie folgt Stellung:

Frage 1: Waren die Abstimmungsbroschüren für die Abstimmungsvorlagen „Projekt Schlossacker“ und „Gemeinsamer Werkhof“ für den 28. November 2010 bereits gedruckt und mussten diese für den neuen Abstimmungstermin vom 16. Januar 2011 nochmals neu resp. zum Teil neu gedruckt werden?

Antwort: Ja.

Frage 2: Waren die Stimmzettel für die zwei obigen Abstimmungsvorlagen für den 28. November 2010 bereits gedruckt und mussten diese für den neuen Abstimmungstermin vom 16. Januar 2011 nochmals neu gedruckt werden?

Antwort: Ja.

Frage 3: Falls ein Neudruck erforderlich war, welche zusätzlichen Kosten sind entstanden (Kosten für 1. und 2. bitte separat angeben)?

Antwort: Die alten Stimmzettel hatten CHF 1'796.90 gekostet, die alten Abstimmungsbroschüren, die ebenfalls vernichtet wurden, hatten CHF 3'318.30 gekostet. Gesamthaft hat man damit also ca. CHF 5'100 vernichtet.

b) Anfrage Urs-Peter Moos

Gesch. Nr. 135

Binninger Warteliste für Pflegebetten

Gemeinderätin Heidi Ernst: Die Anfrage erfolgt im Vorfeld der Volkabstimmung über den Investitionsbeitrag für das zweite Alters- und Pflegeheim.

Frage 1: Wie viele Personen (genaue Anzahl) stehen auf der Warteliste für Pflegebetten (Liste aktualisiert per 10.12.2010)?

Antwort: 272 Personen stehen auf der gemeinsamen Warteliste des APH Langmatten und des Vereins Pflegewohnungen.

Frage 2: Wie viele Personen warten dringend auf ein Pflegebett?

Antwort: Dies sind 110 Personen, ebenfalls gem. gemeinsamer Warteliste. Dies ist die aussagekräftigste Zahl.

Frage 3: Wie viele Personen stehen vorsorglich auf dieser Warteliste?

Antwort: Dies sind 162 Personen. „Vorsorglich“ heisst, das sind Personen, die nach eigener Einschätzung davon ausgehen, dass sie in den nächsten 1–3 Jahren einen Platz in einem Alters- und Pflegeheim oder in den Pflegewohnungen brauchen werden. Sie haben mit dieser Anmeldung immer noch die Möglichkeit – und das wird sehr häufig gemacht – zweimal Nein zu sagen, so dass ab der vorsorglichen Anmeldung im Schnitt drei Jahre vergehen, bis ein Eintritt erfolgt.

c) Mitteilungen des Gemeinderats:

aa) Gemeinderätin Agathe Schuler: Am 19. Januar 2011, 19 Uhr, findet hier im Saal eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema Ortsplanungs-Revision statt. Der Gemeinderat und die Planer werden nochmals das Gesamtwerk präsentieren, inklusive Zonenplan und Zonenreglement sowie die vorgesehenen Änderungen. Diesbezüglich steht eine Referendumsabstimmung bevor am 13. Februar.

bb) Gemeinderätin Nicole Schwarz: Der Gemeinderat ist zurzeit daran, zusammen mit der Verwaltung – Abteilungen Soziale Dienste und Bildung und Kultur – ein Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung zu erarbeiten. Dazu sind zwei parlamentarische Vorstösse hängig. In den Antworten auf diese Vorstösse hatte der Gemeinderat in Aussicht gestellt, dass das neue Reglement ab dem 1.1.2012 in Kraft treten soll. Voraussichtlich in der nächsten Woche wird man im Gemeinderat so weit sein, dass man den Reglementsentwurf an den Einwohnerrat weitergeben kann. Der Gemeinderat möchte einem erweiterten Kreis von Personen, die in diesem Bereich tätig sind, den Entwurf in die Vernehmlassung geben. Zu diesem Kreis zählen in erster Linie die direkt Involvierten, das sind private und kommunale Anbieter von Kinderbetreuungsangeboten im Vorschul- und Schulbereich in Binningen, ferner der Primarschulrat sowie die Ortsparteien und organisierte Gruppierungen, die in diesem Bereich aktiv sind. Die Involvierten wurden schriftlich vorab informiert, dass es zu dieser Vernehmlassung kommen wird. Warum diese Bemerkung jetzt? Einerseits ist eine solche Vernehmlassung eines Reglementsentwurfs ein Novum in Binningen, deshalb hielt der Gemeinderat es für richtig, dies dem Einwohnerrat anzukündigen. Zum anderen hat der Gemeinderat ein Interesse daran, dass viele Rückmeldungen zu diesem Reglementsentwurf eingehen, so dass man bereits vor der parlamentarischen Beratung die Rückmeldungen seitens der direkt Betroffenen in den Entwurf einarbeiten kann und der Einwohnerrat dadurch keine eigenen Recherchen mehr anstellen muss.

d) Verabschiedung Jacqueline Wunderer

Präsident Alex Achermann verabschiedet Jacqueline Wunderer, die wegen Wegzugs aus Binningen aus dem Einwohnerrat ausscheidet. Sie war seit 1. Juli 2008 Mitglied des Einwohnerrats als Mitglied der SVP-Fraktion. Sie war seit diesem Datum auch Ersatzmitglied der GRPK und hat seit 1. Juli 2010 auch als Stimmzählerin geamtet. Sie hat sich seit dem 1. Januar 2009 auch als Mitglied der Sozialhilfebehörde engagiert. Der Präsident dankt Jacqueline Wunderer für ihr Engagement zugunsten der Gemeinde, wünscht für die Zukunft alles Gute und überreicht das traditionelle Abschiedsgeschenk.

e) Verabschiedung Urs Kunz

Verena Dubi, Fraktionspräsidentin SP, teilt mit, dass auch Urs Kunz per Ende Jahr aus dem Einwohnerrat ausscheidet. Seine Austritts-Ankündigung an den Präsidenten ist vermutlich untergegangen.

Präsident Alex Achermann dankt auch Urs Kunz für sein Engagement, wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und übergibt ein Geschenk.

d) Neujahrsapéro der Gemeinde

Präsident Alex Achermann weist auf den Neujahrsapéro der Gemeinde hin, der am Dienstag, 4. Januar 2011, 18 bis 20 Uhr, im Kronenmattsaal stattfindet.